

Der Verfall der DKP

ist nicht das Ende

der kommunistischen Bewegung

Den folgenden Beitrag verfaßte ein Genosse, der schon in der kommunistischen Bewegung am Ende der Weimarer Republik, während der Nazizeit und wieder nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges aktiv war. Seine Stellungnahme, gegründet auf langjährige persönliche Erfahrung, ist zugleich ein Beitrag der Gruppe Arbeiterpolitik für die Diskussion um die Perspektive der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland.

Meine Erfahrungen

Ich bin von verschiedenen Genoss/inn/en der DKP aufgefordert worden, meine Meinung zu den Auseinandersetzungen in der DKP zu sagen. Der Grund dafür ist wohl darin zu suchen, daß ich mit anderen Genossen der früheren KPD-*Opposition* nach dem Ende des 2. Weltkrieges in die KPD eingetreten war und schon 1949 wieder ausgeschlossen wurde, also über doppelte »Erfahrungen« mit *Opposition* in der KPD verfüge. Wir sind nach Kriegserde in die KPD eingetreten, weil die Parteiführung uns dazu aufgefordert hatte und dabei erklärte, die Fehler der ultralinken Politik der Weimarer KPD¹⁾ würden inzwischen ja nicht mehr bestritten, es beginne eine neue Etappe der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Nach Wiedereintritt und erster Mitarbeit stellten wir sehr bald fest, daß inzwischen zwar von einer ultralinken Phase der KPD-Politik gesprochen wurde, deswegen aber noch lange nicht von einer radikalen Untersuchung der Fehler und ihrem Verständnis die Rede sein konnte. Die Folge der unterbliebenen Aufarbeitung war, daß sich zu den alten auch neue Differenzen ergaben, die vor allem aus der —

unserer Meinung nach — falschen Einschätzung der politischen Nachkriegsverhältnisse herrührten.

Wir lehnten die Beteiligung von Kommunisten an den von den westlichen Besatzungsbehörden eingesetzten Regierungen (z. B. als Minister) ab, weil Kommunisten für die Restaurierung des Kapitalismus keine Mitverantwortung übernehmen durften. Mitverantwortung an der Politik der Besatzungsmächte bedeutete, sich den »Potsdamer Beschlüssen« und den vier Besatzungsmächten zu unterwerfen. In den »Potsdamer Beschlüssen« heißt es z. B.: *»Die alliierten Heere haben ganz Deutschland besetzt, und das deutsche Volk muß büßen für die furchtbaren Verbrechen, die von denen begangen wurden, denen sich das Volk im Augenblick des Erfolges offen anschloß und blind gehorchte.«* Diese Formel war nichts anderes als die Kollektivschuldideologie der Siegermächte, die keinen Unterschied zwischen der Verantwortung der herrschenden Klasse und der in ihrem Auftrag von den Nazis unterdrückten deutschen Arbeiterklasse machte.

Wir wandten uns gegen die kommunistische Teilnahme an der von den Westalliierten diktierten und »regulierten« »Entnazifizierung«, weil sie die wirkliche politische Auseinandersetzung in der Gesellschaft verhinderte.

Aus dem Bewußtsein der Verantwortung für das Ansehen der kommunistischen Bewegung in der arbeitenden Bevölkerung haben wir gegen die Politik der KPD-Führung, die beides befürwortete, opponiert. Wir haben auch darauf hingewiesen, daß ein kritikloses Nachplappern der sowjetischen Außenpolitik (die eben auch Besatzungspolitik in Deutschland war) dem Ansehen des Kommunismus in Westdeutschland auf die Dauer — trotz bester Absichten für die Sache des Weltkommunismus — nur Schaden kann und auch der Solidarität mit der Sowjetunion Schaden zufügen wird.

Unser Standpunkt wurde als »konterrevolutionär« gebrandmarkt, und wir wurden 1949 ausgeschlossen, — was für uns kein Grund war, nicht weiterhin die kommunistischen Grundsätze, so wie wir sie verstanden, bei unserer politischen Arbeit anzuwenden.

Soweit es uns möglich war, haben wir seither in unserer Zeitung »Arbeiterpolitik« zu den wichtigsten Problemen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung Stellung genommen. Wir haben uns bemüht, dort, wo Teile der deutschen Arbeiterschaft in Bewegung kamen, sie zu unterstützen und Klassenbewußtsein zu fördern. Dies war zuerst

¹⁾ Wegen zunehmender Kritik an den »Sozialfaschismus-Thesen« der KPD-Führung unter Thälmann wurden 1928/29 ca. 6 000 Funktionäre und Mitglieder ausgeschlossen; etwa die Hälfte von ihnen organisierte sich in der KPD-*Opposition*, die sich als eine kommunistische Richtung verstand. Nach einer Abspaltung zur SAP (1931) blieb ihr Kern bis weit in die Nazizeit als überregionale kommunistische Organisation intakt, die einen wesentlichen Beitrag zum illegalen Widerstand leistete. Nach 1945 bildete sich unter der politischen Anleitung von August Thalheimer und Heinrich Brandler die Gruppe Arbeiterpolitik, die bis heute als selbständige kommunistische Gruppe tätig ist. Demgegenüber haben alle anderen *Oppositionsgruppen* aus der KPD und auch die linken Abspaltungen aus der SPD nach mehr oder weniger kurzer Zeit ihre grundsätzliche Solidarität zur Sowjetunion bzw. zum sozialistischen Lager aufgegeben. Wenn Steffen Lehndorff von der DKP Köln nun behauptet, er und seine Freunde in der DKP bildeten erstmalig in der Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland eine *Opposition*, die prosowjetisch sei, so stimmt dies für die Vergangenheit nicht und für die Zukunft muß der Beweis erst angetreten werden.

besonders der Fall bei der Abwehr der Demontagen, die ein entscheidender Teil der Besatzungspolitik waren.

Wir haben in den Jahren des Wirtschaftsaufschwungs und wachsenden Wohlstands in den Gewerkschaften den Standpunkt des Klassenkampfes gegen die Politik der Sozialpartnerschaft vertreten. Wir haben zu der Entwicklung in den sozialistischen Staaten eine zwar kritische, aber im Grundsatz solidarische Stellung bezogen. Und wir haben dort, wo es mit unseren geringen Kräften möglich war, internationale Klassensolidarität praktisch werden lassen — auch wenn es den hiesigen Gewerkschaftsvorständen nicht in **ihre** Vorstellung von internationaler Zusammenarbeit paßte.

Bei diesen und anderen Gelegenheiten in und außerhalb der Gewerkschaften haben wir Kontakt zu Genoss/inn/en der DKP gehabt, auch zusammengearbeitet, wobei politische Differenzen über Strategie und Taktik nicht unter den Teppich gekehrt wurden. Gerade deshalb denke ich, kann die derzeitige innerparteiliche Diskussion auch für uns ein Anlaß sein, zu einigen grundsätzlichen Fragen Stellung zu nehmen.

Wenn man sieht, wie die verschiedenen Seiten in der DKP miteinander umgehen, schmutzige Wäsche waschen und sogar bürgerliche Gerichte stellvertretend für eine politische Auseinandersetzung in Anspruch nehmen, fragt man sich, ob die streitenden Fraktionen/Richtungen in der DKP vergessen haben (oder vielleicht nie gewußt haben?), wie der Klassengegner in der Vergangenheit mit Kommunisten umsprang. Er wird in Zukunft nicht anders mit ihnen umgehen. Der Klassegegner beobachtet sehr genau alle Vorgänge, und zur Zeit wird ihm dieses Geschäft leicht gemacht. Nicht, daß die politische Auseinandersetzung nicht geführt werden soll — sie ist lebensnotwendig für die Bewegung, nur: der aktuelle Streit berührt zur Zeit kaum die Probleme der Lohnabhängigen, insbesondere der Industriearbeiter. Das ist auch der Grund dafür, daß die Genossinnen und Genossen in den Betrieben zur Partei auf Distanz gehen, einzelne gar austreten. Beispiele: ein BR bei VW Wolfsburg trat aus; die DKP-Betriebsgruppe von Hoesch/Dortmund warf den Bezirkssekretär ohne große Diskussion aus einer ihrer Sitzungen 'raus, weil er ihre Arbeit vorher auch nicht unterstützt hatte; andere Betriebsgruppen gehen auf Distanz zum Apparat; der Betriebsratsvorsitzende einer Werft erklärte, seine meist jüngeren Genossen verstünden die Diskussion in der Partei überhaupt nicht mehr; andere DKP-Betriebsräte antworten auf die Frage, wie sie über die Auseinandersetzungen denken: **Noch bin ich in der Partei!** Die verheerende Wirkung auf den entscheidenden Teil der DKP wird immer deutlicher.

Der Kommunismus wurde totgesagt, seit es ihn gibt.

Wer sich der Sache des Kommunismus verantwortlich fühlt, kann zu den Vorgängen in der kommunistischen Bewegung im allgemeinen und in der DKP im besonderen nicht schweigen. Bürgerliche Presse und die Politiker der bürgerlichen Parteien erklären die kommunistische Bewegung und den Marxismus in Deutschland u.a. auf Grund der Wahlergebnisse für tot und führen dies auf die »Erfolge« ihrer eigenen Politik zurück.

Gleichzeitig entblößen sie ihre politische Hilflosigkeit angesichts des Aufstiegs der »Republikaner«, die sich aus dem Sumpf der bürgerlichen Parteien erheben. Und diese

sind nur **ein** Ausdruck der allgemeinen Rechtsentwicklung, die ja eine Antwort auf die zunehmende Unfähigkeit sozialpartnerschaftlicher Politik ist, die kapitalistische Anarchie für die Lohnabhängigen halbwegs erträglich zu regulieren.

Wer die Gefahr dieser Entwicklung begreift, muß besonderes Interesse haben, daß die kommunistische Bewegung in Deutschland bald wieder politische Anziehungskraft auf die werktätige Bevölkerung ausübt. Es reifen die **objektiven** Voraussetzungen dafür heran, daß Klassenbewußtsein die seit vielen Jahren anhaltende politische Passivität der arbeitenden Bevölkerung ablösen **kann** — wenn Kommunisten in der Lage sind, sozialistisches Klassenbewußtsein in die arbeitende Bevölkerung zu tragen und langfristige Orientierung auch in taktischen Fragen zu geben. Dazu werden Menschen benötigt, die in ihrer Umgebung im Betrieb, in den Gewerkschaften, in den Wohnbezirken und unter der arbeitenden Bevölkerung Ansehen und Vertrauen gewonnen haben.

Neue Partei — endlich Erfolg?

Es tauchen jetzt unter den enttäuschten DKP-Genoss/inn/en Überlegungen auf, ob man eine neue Partei gründen solle, ob man sich den Grünen bzw. der GAL anschließen oder eine Sammlungsbewegung aller Linken ins Leben rufen soll. Es hat nach dem 2. Weltkrieg verschiedene Versuche ähnlicher Art gegeben. Sie alle sind gescheitert, weil ihnen die Unterstützung durch Bewegung in der Arbeiterklasse fehlte. Alle jetzigen Versuche, neben SPD und DKP aus den Ausgeschlossenen oder Ausgetretenen eine kommunistische Partei zu gründen, werden nur zu neuer Enttäuschung — nach der mit der DKP — führen, solange ihnen das Element revolutionären Auftriebs durch die Bewegung fehlt.

Das heißt aber keineswegs, daß wir nichts machen können und die Hände in den Schoß legen müssen. Der Spartakusbund konnte 1914 noch keine kommunistische Partei gründen, weil die dafür notwendige Massenbewegung diesen Gedanken noch nicht aufdrängte — sie war noch nicht vorhanden. Aber der Spartakusbund wiederum war es, der in den Jahren bis 1918 die politische Vorarbeit und Klärung leistete, die die Schaffung der KPD dann ermöglichten.

Wir müssen heute überlegen, was wir als Vorarbeit für die Zukunft der revolutionären Bewegung in Westdeutschland leisten können. Bevor über organisatorische Fragen weitreichende Entscheidungen getroffen werden, ist es unerlässlich, über politische Ziele und die daraus folgenden Aufgaben Klarheit zu schaffen. Also das nachzuholen, was in der DKP bisher unzureichend oder gar nicht geleistet wurde.

Erfolge durch das Wähler-Kreuzchen

Die Mitgliedschaft der DKP ist in den letzten Jahren weniger mit der Teilnahme an politischen Diskussionen als mit Aktivitäten für Mitgliederwerbung und Wahlen in Bewegung gehalten worden. Diese Aktivitäten, die viele Energien verbrauchten, ohne nennenswerte Erfolge zu zeigen, haben schleichende Passivität zur Folge gehabt. Was aber wollten DKP-Abgeordnete, selbst wenn sie in Länderparlamente, Bundestag oder Europaparlament hineingekommen wären, dort unter den heutigen Bedingungen eigentlich erreichen? Für Kommunisten war und ist das Parlament vor allem eine Tribüne, von der aus sie den außerparlamentarischen Kampf

Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.

Arbeiterpolitik
INFORMATIONSBRIEFE DER
GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
F. Lübke · Herstellung und Vertrieb: GFSA - Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15
Postcheck Hamburg 410077-205, BLZ 200100 20

die deutsche Arbeiterklasse gelungen ist, den Marx und Engels nicht geahnt haben, als sie ihre Hoffnung auf den gewerkschaftlichen und politischen Kampf der deutschen Arbeiter setzten. »Hinter dem offiziellen Deutschland«, schrieb Engels vor einhundert Jahren, »steht das sozialistische Deutschland, die Partei, der die Zukunft... gehört« (Neue Zeit, Bd. 1, S. 584).

An Eduard Bernstein richtete Engels die Frage: »Und wir sollten nicht gegen jeden Versuch kämpfen, dieser gesunden und in Deutschland einzigen gesunden Klasse das alte Erbgift der Philisterborniertheit und Philisterschlappigkeit wieder künstlich einzupflanzen?«

Ein solches Beispiel von »Philisterborniertheit«, wie Engels sie verstand, ist das, was die 2. Vorsitzende der DKP-Bremen anlässlich der Gedenkkundgebung für die Opfer der bremischen Räterepublik empfahl: »Die Arbeiterbewegung selbst muß sich die Aufgabe vor die Brust nehmen, neue andere Bahnen des Fortschritts zu suchen und durchzusetzen! Solche Bahnen, die Frieden und Gewaltlosigkeit zum obersten Prinzip erklären und dies durch Rüstungskonversion statt Jäger '90 und Raketenmodernisierung absichern! ...« (5. 2. 89)

Es ist durchaus richtig, daß Kommunisten in der bürgerlichen Öffentlichkeit nicht immer alles aussprechen können — auch wenn es der historischen Wahrheit entspräche. Dann bleibt aber keine andere Wahl, als zu schweigen. Doch niemals dürfen Kommunisten den Arbeitern die Unwahrheit sagen! 200 Jahre nach der französischen Revolution, 70 Jahre nach der Oktoberrevolution, 40 Jahre nach Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg — dann vor den Gräbern der ermordeten revolutionären Arbeiter von 1919 »Gewaltlosigkeit« predigen, das heißt, weit hinter radikale bürgerliche Demokraten zurückfallen. Ein Augstein ist da sogar fortschrittlicher: »Was die Verächter jeglicher gewaltsamer Umwälzung nicht wahrhaben wollen, ist das folgende: Von Anbeginn der Menschheitsgeschichte war die Welt nicht ein einziges Paradies, wie Rousseau meinte, sondern es gab Unterdrückter und Unterdrückte, Sklaven und Sklavenhalter, Verhungerte und Prasser, Arme und Reiche, Große und Kleine. Also konnte es dialektisch nicht ein einziges Prinzip geben, sondern einen Klassenriß, einen durchgehenden Antagonismus, der zumindest zwei Prinzipien erforderte, Ohnmud und Ariman³⁾, beide Unterdrücker und Unterdrückte, beide austauschbar, aber entzweit. Haben wir Westler, die sich angesichts der östlichen Schiefelage die Hände reiben, wohl auch begriffen, daß wir skrupellose Ausbeuter sind, die der dritten Welt die Luft zum Atmen nehmen und die eigene lebensnotwendige Umwelt bis zum Exzeß ausplündern? Hier ist das letzte Gefecht noch nicht ausgetragen.« (Spiegel, Nr. 28/7.89)

Die von Historikern und Politikern der SU in den letzten Jahren vertretene Ansicht, daß die allgemeinen Menschheitsinteressen den weltpolitischen Klassengegensatz mindern könnten, werden sich schon deshalb als falsch erweisen, weil die besitzenden Klassen der kapitalistischen Welt freiwillig, d. h. ohne den politischen Kampf der Arbeiterklasse, niemals auf ihre Klassenherrschaft verzichten können. Übrigens hat darauf schon Engels hingewiesen, der 1892, vor fast 100 Jahren schrieb: »So wird großes Gewicht gelegt... auf die Behauptung, daß der Kommunismus nicht eine bloße Parteidoktrin der Arbeiterklasse ist, sondern eine Theorie ist, deren Endziel die Befreiung der gesamten Gesellschaft mit Einschluß der Kapitalisten aus den gegenwärtigen einengenden Verhältnissen. Dies ist in abstraktem Sinne richtig, aber in der Praxis meist schlimmer als nutzlos. Solange die besit-

zenden Klassen nicht nur kein Bedürfnis verspüren nach Befreiung, sondern auch der Selbstbefreiung der Arbeiterklasse sich mit allen Kräften widersetzen, solange wird die Arbeiterklasse nun einmal genötigt sein, die soziale Umwälzung allein einzuleiten und durchzuführen.«

Ich frage mich, wie solche wie die aus Bremen zitierten Vorstellungen von Gewaltlosigkeit und Philantropie in eine Partei kommen können, die sich zum Marxismus bekennt. Die Ursachen sind wohl in der gedankenlosen Übernahme von politischen Erklärungen der SED und mancher sowjetischer Politiker zu suchen. Die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen SED und DKP wirken, sind aber grundverschieden von den unsrigen. Vieles, was die SED sagt, hat mehr diplomatischen als grundsätzlichen politischen Charakter, weil Erklärungen von Regierung und Staatsorganen nicht von denen der Partei unterschieden werden (Das ist in der SU ähnlich). So kann es politisch kaum ernst genommen werden, wenn Otto Reinhold, Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, erklärt: »Von großer Bedeutung ist die Tatsache, daß im Kampf um die Erhaltung des Friedens SED und SPD im Wesen die gleichen Positionen vertreten.« Wenn dies von der DKP unkritisch und unwidersprochen übernommen würde, wäre ihre Existenz als kommunistische Partei in der BRD überflüssig. Allein die Tatsache, daß SPD und SED zwei weltpolitisch und klassenmäßig entgegengesetzten Lagern angehören, machen Reinholds Aussagen, jedenfalls vom Klassenstandpunkt, den wir hier einnehmen müssen, unhaltbar.

Wenn solche und andere Erklärungen kritiklos von den kommunistischen Parteien kapitalistischer Länder übernommen oder gar zur Grundlage ihrer Politik gemacht wurden, hatte das schwerwiegende negative Folgen für die kommunistische Bewegung. Ein Beispiel ist der deutsch-russische Nichtangriffspakt, der gerade jetzt wieder diskutiert wird. Daß die SU dieses Abkommen mit Hitlerdeutschland abschloß, ist eine Sache, die sich aus der gefährlichen isolierten weltpolitischen Lage der SU damals ergab. Daß die Führung der KPD in der Emigration den Arbeitern die Bedingungen, unter denen dieses Abkommen zustande kam, nicht erklärte, sondern als Folge dieses Abkommens den Kampf gegen Hitlerdeutschland faktisch einstellte, war vom kommunistischen Standpunkt falsch und für die SU nutzlos. Die KPD in der Emigration nahm die Agitation gegen Hitlerdeutschland erst wieder auf, als der Krieg gegen die SU begann. Dieser unerklärte und unverständliche Standpunktwechsel schadete dem Ansehen der KPD und zerstörte oft das Vertrauen, das illegal kämpfende Kommunisten bei der Bevölkerung hatten.

»Helden« und »Verbrecher«.

Die Änderungen und Bewegungen in der SU sind zwar der äußere Anlaß für die heutigen Debatten in der DKP, die eigentlichen Ursachen sind aber die hiesigen, seit Jahren ungelösten Probleme der Parteimitglieder, die schon lange zu politischen Differenzen unter der Oberfläche führten.

Kurt Bachmann — einem alten KPD-Mitglied noch aus der Weimarer Zeit — ist zuzustimmen, wenn er in der UZ schreibt: »Es geht um die Suche nach den Ursachen der Fehler und Fehlentscheidungen, die uns am Erfolg hinderten.« Gleichzeitig aber muß seine Vorstellung zurückgewiesen werden, wenn er weiter sagt: »Es geht auch um das Aussprechen und die Entschuldigung für Unrecht gegenüber KampfgenossInnen, das wir duldeten oder zu dem wir schwiegen.«

»Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen entdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die

³⁾ Altpersische Begriffe des »Bösen« beziehungsweise des »Guten«, der »Wahrheit« und des »Reinen« aus der vorislamischen Religion des Zarathustra. Zwischen beiden muß der Mensch sich im Kampf entscheiden.

der Arbeiterklasse, sofern er stattfindet, begleiten und unterstützen können — aber nicht ersetzen.

Dies ist einer der Grundsätze, mit der die junge kommunistische Bewegung in Deutschland sich von der Sozialdemokratie abgrenzte, als diese eine »Arbeitsgemeinschaft« mit der herrschenden Klasse gründete. Karl Liebknecht formulierte damals:

»Will man auch nur parlamentarische Erfolge erzielen, so kommt alles darauf an, daß die parlamentarische Opposition nicht der letzte, sondern nur der erste, nicht der stärkste, sondern der schwächste Trumpf, nicht der Schluß, sondern der Anfang ist; daß die Partei eine außerparlamentarische Macht hinter sich hat, die sie aller Niederlagen ungeachtet in unerschöpflicher Mannigfaltigkeit und Schlagfertigkeit der Methoden mit stets zunehmender Energie in den Kampf einzuwerfen fähig und entschlossen ist, und daß dies dem Gegner sichtbar vordemonstriert wird. Anders wird in der politischen — auch in der parlamentarischen! — Arena weder Respekt erworben noch Erfolg erzielt.«

Diesen Grundsatz in Bezug auf das Verhältnis von Kommunistischem zum bürgerlichen Parlament halten wir weiterhin für richtig. Wir fragen deshalb, was wir darunter verstehen sollen, wenn von »Erneuerern« jetzt erklärt wird: »Wir

werden uns mit eigenständigen Positionen als DKP in linken und demokratischen Zusammenhängen und in der GAL an der Erarbeitung der GAL-Politik beteiligen«. (Richtungsbeschuß zur HH-Bürgerschaftswahl '91). Merken die Genossen, die für diesen Beschuß verantwortlich sind, nicht, wie sie die grundsätzlichen Merkmale einer kommunistischen Organisation immer mehr verwischen und kleinbürgerlichen Experimenten nachlaufen, die ihre Zukunft bereits hinter sich haben? Sie empfehlen den Mitgliedern doch nichts anderes, als in die GAL/Grünen einzutreten, und dies zu einem Zeitpunkt, wo linke Kräfte die Grünen und die GAL verlassen. Es mag ja »modernen Zeiten« entsprechen, mit Hilfe von Wahlkampfkosten-Erstattung und ähnlichen Infusionen Parlamentsitze zu erobern, um dort von »links« alle möglichen Skandale aufzudecken. Mit der Unterstützung revolutionärer Klassenpolitik hat das aber nichts zu tun. Wer das jetzt außerhalb der DKP in anderen Zusammenhängen anders und besser machen will, wiederholt nur die kleinbürgerliche Wahlpolitik, die die DKP bisher zu ihrem eigenen Schaden praktizierte.

Kommunismus unzeitgemäß?

Eines ist unbestritten: Die kommunistische Bewegung hat in den entwickelten kapitalistischen Ländern fast überall an Einfluß verloren. Im besonderen gilt das für die Bundesrepublik. Unklar und dringend einer Diskussion bedürftig ist nur die Frage, warum das so ist und welchen Anteil die Politik der Kommunisten selber daran hat.

Der geringe politische Einfluß der Kommunisten in der BRD ist für die herrschenden Klassen Anlaß zur Freude. Trotzdem fürchten sie und die Westalliierten seit 1945 nichts mehr als ein Wiedererstarken der kommunistischen Bewegung. Sie versuchen dies — so lange wie möglich ohne härtere Unterdrückungsmaßnahmen gegen breitere Schichten — zu verhindern. Haben die bürgerlichen Kommentatoren der KPD jahrzehntelang vorgeworfen, sie sei doch nur der verlängerte Arm Moskaus, heißt es jetzt, die DKP sei nicht schnell genug zum Sprachrohr der »perestroika« und »glasnost« geworden. »Die westdeutschen Kommunisten sind unfähig, sich Moskaus neuem Denken zu öffnen«, so die »Zeit« zum Parteitag der DKP, womit sie dem Wunsch Ausdruck gibt, die DKP möge weiterhin von Moskaus Politik bestimmt werden.

Eine kommunistische Partei als verlängerter Arm russischer Außenpolitik ist den bürgerlichen Politikern lieber als eine selbständige kommunistische Partei, die bei der werktätigen Bevölkerung Ansehen und Einfluß genießt. »Während Alexander Jakowlew, der zum Frankfurter Parteitag entsandte Chefideologe der KPSU und souveräne Redner der drei Tage nicht zu Unrecht darauf hofft, den Sozialismus in seinem Lande mit Hilfe bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit²⁾, mit Modell- und Meinungsppluralismus umbauen zu können, stehen die Erneuerer unter den westdeutschen Kommunisten vor der wenig Erfolg versprechenden Aufgabe, den Kapitalismus mit sozialistischen Prinzipien überwinden zu sollen«. Die »Zeit« spricht von einer »Desillusionierung vor allem durch die Aufarbeitung der Vergangenheit«.

Die Vertreter des bürgerlichen Deutschlands haben allen Grund, von ihrer Vergangenheit abzulenken. Aber die klassenbewußte Linke hat auch allen Grund, sich der Tatsache bewußt zu werden, daß dem bürgerlichen Deutschland und dem westlichen Imperialismus ein ideologischer Einbruch in

Neuerscheinung!

Beiträge zur Diskussion:
Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld

Autonome Nahostgruppe Hamburg
Gruppe Arbeiterpolitik

Zionismus Faschismus Kollektiv schuld

Exodus - Einwanderung in die Wägenburg
Zionismus und Faschismus in Deutschland
Judenfrage und Judenemancipation im deutschen Faschismus
Zur Geschichte der Kollektivschuld-Ideologie
Palästinensischer Befreiungskampf

April 1989
DM 2,-

ca. 28 Seiten A4 · DM 2,- · Erhältlich über:

GESELLSCHAFT
ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS DER
ARBEITERBEWEGUNG e.V.
Postfach 15 02 47 · 2800 Bremen 15

²⁾ DKP-Genossen weisen darauf hin, daß Jakowlew unter diesem Begriff so etwas versteht wie verfassungsmäßige Bürgerrechte im sozialistischen Staat. Wenn das so ist, dann sollte Jakowlew, wenn er hier im Westen auftritt, sich präziser ausdrücken, denn unter »bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit« verstehen wir das, was wir hier und jetzt konkret erleben.

Mittel zur Behebung des Fehlers sorgsam prüfen...« so hat Lenin die Aufgaben einer kommunistischen Partei gesehen.

Wenn mit Entschuldigungen gegenüber den Opfern und aus der KPD Ausgeschlossenen versucht wird, sich an der notwendigen politischen Erklärung der weißen Flecken in der Geschichte der deutschen kommunistischen Bewegung vorbeizumogeln, so wird vielleicht eine moralische Wiederauf-ersterung versucht, aber der Sache des Kommunismus wiederum geschadet! Aus Parteimitgliedern, die in früheren Zeiten zu »Konterrevolutionären«, »Verbrechern« gestempelt wurden, jetzt zum Ausgleich »Helden« zu machen, ist genauso nutz- und hilflos, wie der umgekehrte Weg: »Helden« von gestern werden nun zu »Verbrechern«, mit deren Schuld sich alles mögliche erklären läßt. So geschieht es zur Zeit mit der Person Stalin.

Es entspricht auch nicht den Tatsachen, wenn Bachmann in der UZ schreibt: »Nach 1945 durchlebte unsere Partei auch in den Westzonen einige Jahre einer breiten schöpferischen Parteidiskussion über unseren Weg zu einem neuen antifaschistischen Deutschland. Sie wurde erstickt durch die Bedingungen des kalten Kriegs und neue Verfolgungen...« Welch »schöpferische« Diskussion, die vom Gegner erstickt werden kann! Benötigen wir die Erlaubnis der herrschenden Klasse? Warum verschweigt Bachmann die Tatsache, daß Kommunisten in den von den Besatzungsmächten eingesetzten Regierungen der verschiedenen Besatzungszonen als Senatoren und Minister saßen und die KPD völlige Legalität besaß und ihre Führung damals diejenigen, die an ihrer Politik Kritik übten, ausschloß?

»Gab es da für uns, die westdeutschen Kommunisten, einen Grund zum Ausbrechen aus der internationalen Solidarität der Kommunisten? Und in welcher Gemeinschaft wären wir gelandet?...« Bachmann behauptet nicht mehr und nicht weniger, als daß revolutionäres und kritisches Denken damals Ausbrechen aus der internationalen Solidarität gewesen sei. Hält er das aufrecht, dann ist jedes Wort von »Rehabilitierung« pure Heuchelei! Bachmann und viele alte Genossen machen aus der kommunistischen Bewegung eine Art Heiligtum, in der Marxismus zu einem ideologischen Popanz verkümmert — und so die Partei zerstört. Bachmann geht nicht den Ursachen auf den Grund, sondern er sucht nach einer moralischen Rechtfertigung. Wir beziehen uns auf Bachmanns Äußerungen, weil er zu den wenigen noch lebenden Kommunisten mit Erfahrungen aus der Weimarer Zeit gehört und dennoch eine dogmatische Erstarrung zeigt, die unter den erfahrenen, älteren Genossen der DKP verbreitet ist, die aber eine Gesundung der kommunistischen Partei unmöglich macht.

Faktionen und Kommunistische Partei

Eine Erneuerung oder Gesundung der kommunistischen Bewegung in Deutschland setzt eine rücksichtslose politische Auseinandersetzung und Diskussion voraus. Wer diese lebensnotwendige Auseinandersetzung unter den Kommunisten schon zu Beginn mit formalen und administrativen Maßregelungen belastet oder auch nur damit droht, macht eine Gesundung unmöglich. Das gleiche muß aber auch von denen gesagt werden, die sich diesen Methoden beugen oder nachgeben, z. B. wegen finanzieller Abhängigkeit. Diese Methoden schaffen eine Atmosphäre der Doppelzüngigkeit, daß nämlich das, was jemand sagt, nicht mit dem übereinstimmt, was er denkt.

Vor die Entscheidung gestellt: Für die Zukunft der kommunistischen Bewegung den Kampf gegen eine verhängnisvolle Entwicklung aufzunehmen oder politische Zugeständnisse wegen materieller Abhängigkeit zu machen, müssen Kommunisten sich immer für das erstere entscheiden.

Es wird viel Geschrei um Fraktionsbildung und »Strömungstreffen« in der DKP gemacht. Fraktionsbildung ist so alt wie die Arbeiterbewegung, und es ist Demagogie, Fraktionen als Sünde gegen die kommunistische Bewegung herauszustellen. »Aber zu glauben, man könne das Fraktionswesen in der Partei mit mechanischen Maßregeln ausrotten, das ist die denkbar größte bürokratische Beschränkung, die man sich vorstellen kann. Diese Frage ist eine politische und keine organisatorische Frage, und sie wird nicht gelöst werden können, ehe die Aufgaben der Partei klar gestellt sein werden.« (Thalheimer 1929)

Was nützt eine noch so straffe Disziplin, wenn die Tätigkeit der Parteimitglieder und ihre Fähigkeit zur Entfaltung der Initiative an dem Platz, wo sie in der Gesellschaft stehen, fehlte? Was nützen die schönsten Programme und Statuten, neue oder alte, wenn die Mitglieder gewohnt sind, auf Direktiven von oben zu warten? Was nutzen die Berge von Papier, die in den Parteibüros liegen bleiben? Man kann die Frage nach Fraktion oder »Strömung« in einer kommunistischen Partei nicht von einem Standpunkt beurteilen, der prüft, ob das »normal« oder »wünschenswert« ist, sondern muß fragen, ob die Fraktionsbildung der politischen Diskussion und der Perspektive der kommunistischen Bewegung dient oder nur der Besetzung von Posten und Gremien. Im letzteren Falle ist sie ein Zeichen des Niedergangs.

Abstrakt gesehen, ist es richtig festzustellen, daß Beschlüsse der Parteitage verbindlich sein müssen für alle Mitglieder — es sei denn, daß Mitglieder sie für unvereinbar halten mit kommunistischen Grundsätzen, dann müssen diese den Kampf aufnehmen, bis sie sich durchsetzen oder ausgeschlossen werden. Konkret ist es aber so, daß heute in der DKP keine auch nur ansatzweise politische Diskussion vor den Parteitag stattfindet, an der die gesamte Mitgliedschaft teilnimmt. Weder bei den »Erneuerern« noch bei den »Bewahrern« ist ein gemeinsamer politischer (Fraktions-) Standpunkt zu finden, der auf Grund der Diskussion in der Mitgliedschaft entstanden ist. Unter solchen Bedingungen kann es keine politische Disziplin aus Überzeugung geben, sondern höchstens eine formale mit Berufung auf Statuten. Daran ändern auch »neue« Statuten nichts.

Der Parteivorstand vertritt zum großen Teil abstrakte Grundsätze, denen man sogar zustimmen kann, die gar nicht neu sind. »Die Partei des revolutionären Klassenkampfes braucht die lebendige Wechselwirkung von freier Entwicklung eines jeden und 'freier Entwicklung aller' wie die Luft zum Atmen...« Oder: »Die marxistisch-leninistische Weltanschauung betrachten wir als notwendige Voraussetzung, um die heutige Welt erkennen zu können...«. Jedoch werden die abstrakten Grundsätze nicht an den Fragen der Gegenwart konkretisiert. Deshalb bleiben sie bedeutungslos. Zwar gibt es in der UZ jetzt eine Diskussion über Statuten und formelle Fragen, nicht aber über die politischen Probleme.

Die »moderne« Position stellt fest, die konkreten Bedingungen seien andere als zu Marx Zeiten. Daß auch die Arbeiterklasse sich verändert hat und in der Erscheinung nicht mehr die von vor 100 Jahren sei. Aber nach wie vor leben wir im Kapitalismus, in dem die herrschende Klasse, die über das Eigentum an den Produktionsmitteln verfügt, von der Aneignung des Mehrwerts und dessen Realisierung zu Profit lebt. Das bleibt die Ursache unlösbarer Widersprüche in der gesamten kapitalistischen Welt.

Erneuerung des Marxismus-Leninismus.

Mies spricht von »tiefgreifenden Differenzen in der DKP... Meinungsverschiedenheiten über Grundfragen der Theorie, Politik und Organisation...«. Diese Differenzen müßten vor allem genauer dargestellt werden als bisher, um eine Grund-

lage für eine Diskussion und Lösung zu finden. Geschieht das nicht, bleibt nur politische Verwirrung und ein Jonglieren mit Begriffen, die nichtssagend bleiben müssen, wie »Ablehnung einer Kaderpartei« oder Forderung nach einer »Modernisierung« der DKP. Was für die kommunistische Bewegung notwendig ist, ist nicht »Erneuerung des Marxismus«, sondern die Fähigkeit, mit der Methode des Marxismus und des historischen Materialismus die Fragen der Gegenwart zu behandeln.

Mit Reformkonzepten wie »BRD 2000«, die in der Luft hängen, weil sie von der Arbeiterklasse nicht aufgegriffen werden, ist keine politische Arbeit möglich. Jeder Schritt wirklicher Bewegung der Arbeiterklasse ist wichtiger als solche Konzepte. Wo diese Bewegung erkennbar wird, gilt es einzugreifen, auch wenn es der Gewerkschaftsbürokratie und ihrer Politik nicht genehm ist. Das scheint uns wichtiger zu sein, als spekulative und mit dem Schein von Wissenschaftlichkeit umgebene Beratung, etwa darüber, »wie der Sozialismus in der BRD aussehen könnte«. Und das so »präzise wie möglich« mit »wissenschaftlichen Kapazitäten«. Dabei sei von den »Wünschen nach einer gerechten, solidarischen, freien Gesellschaft auszugehen«. (Aus einem Diskussionspapier verschiedener DKP-Parteisekretäre: Brenner, Eckert und andere..., Juni 89)

Das soll die »Erneuerung des Marxismus-Leninismus« sein, die »präzise« Aussagen über die Probleme nach der Machteroberung machen will? Aber wie die Arbeiterklasse zur politischen Macht kommt und wie die Bedingungen dann aussehen werden, wird vornehm verschwiegen. Stattdessen

werden Illusionen verbreitet: »Die Einheit der Welt ist heute weitgehend verwirklicht«, und wird von einer »Kooperation von sozialistischen und imperialistischen Staaten« zur Lösung der gravierendsten globalen Probleme geschwätzt.

Wenn diese »Kooperation« scheitert, was passiert dann mit den »Erneuerern des Marxismus«? Dann sind sie »erschüttert angesichts bestimmter Entwicklungen in sozialistischen Ländern — in Ungarn, Polen, China, um Beispiele zu nennen«. Da wird von »Deformationen in einzelnen sozialistischen Ländern« gesprochen. Anstatt »erschüttert« zu sein, wäre es besser, die Ursachen für die Entwicklung zu erklären, die so gar nicht mit dem »Bild vom Sozialismus« übereinstimmen, das bei »vielen Kommunisten und Kommunistinnen« »zerstört« wird.

Ich meine, die Genoss/inn/en sollten ihre Energien nicht weiterhin auf formale und organisatorische Spiegelfechtereien verwenden, sondern ihren Willen zur Gesundung der kommunistischen Bewegung darin ausdrücken, daß sie sich zusammenfinden und politische Fragen aufarbeiten. Die wichtigsten sind unseres Erachtens:

- Die Entwicklung des sozialistischen Lagers, besonders der SU und unser Verhältnis dazu.
- Die Entwicklung und weltpolitische Rolle der BRD seit 1945, das Verhältnis von DDR und BRD.
- Die Entwicklung der Gewerkschaften seit 1945, die Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften und in der arbeitenden Bevölkerung.

Die Genoss/inn/en der Gruppe Arbeiterpolitik sind zur Mitarbeit bereit. J.B., Hamburg, 10. Oktober '89

Veröffentlichungen der Gruppe Arbeiterpolitik

Seit 1948, seit mehr als 40 Jahren also, erscheinen die politischen Stellungnahmen der Gruppe Arbeiterpolitik, bis 1959 als Zeitung »Arbeiterpolitik«, nach einer kurzen Unterbrechung ab 1960 wieder als »Informationsbriefe der Gruppe Arbeiterpolitik«.

Vom Standpunkt des internationalen proletarischen Klassenkampfes wird Stellung genommen zu wichtigen politischen Problemen. Dazu Arbeiterkorrespondenzen: Berichte von Kolleg/inn/en und Genoss/inn/en aus Betrieben, Gewerkschaften und Initiativen.

Vier- bis sechsmal erscheinen die »Informationsbriefe« im Jahr. Ein Jahresabonnement von zur Zeit DM 20,- schließt Informationsmaterial, Flugblätter und Sonderdrucke ein.

Des weiteren vertreibt die GFSA eine Reihe Nachdrucke, teilweise kommentiert, von immer noch wichtigen und woanders nicht erhältlichen Texten aus der kommunistischen Bewegung.



Der Faschismus in Deutschland Band 1

Analysen, Kommentare und Berichte der KPD-Opposition aus der Zeit zwischen 1928 und 1933. Nachdruck der 1973 bei EVA erschienen Ausgabe, erweitert um zwei neue Abschnitte:

VII. Faschistische Parolen und Schlagworte

VIII. Kommentare, Berichte und Notizen

293 Seiten, Klebebindung

DM 12,-

August Thalheimer

Die Potsdamer Beschlüsse

Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem Zweiten Weltkrieg. September 1945, Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, Broschur. 1,50 DM

Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg

Veröffentlicht unter dem Pseudonym Aldebaran Anfang 1946, Nachdruck. 27 Seiten, Broschur. 1,50 DM

Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)

Beschlossen auf der Dritten Reichskonferenz zu Berlin, Dezember 1930. Nachdruck, 75 Seiten, Broschur. 3,00 DM

GFSA

GESELLSCHAFT
ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS DER
ARBEITERBEWEGUNG e.V.

Postfach 15 02 47 · 2800 Bremen 15